

Inhalt Infobrief :

- Streit über Kirchenasyl - Kritik an Äußerungen von Innenminister de Maizière - »Belasteten Verhältnis von Kirche und Staat«
- »Tagesthemen«-Kommentar zu Auschwitz erntet Beifall - Geringes Interesse an Holocaust-Gedenken im TV
- Deutsche Hilfe für Terror-Opfer in Nigeria
- Unicef: 136.000 Kinder in Ostukraine auf der Flucht
- Bomben unter dem Schleier - Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram opfert Frauen für ihren Krieg
- Russland Oberstes Gericht weist Klage gegen »Memorial« ab
- EKD-Ratsvorsitzender begrüßt »gesunde Trotzreaktion«

- Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung bpb in Auszügen:
 - Dossier Salafismus
 - fluter.de #Keine Angst!
 - Webdocumentary "Auschwitz heute"
 - Schriftenreihe Auschwitz heute
 - Schriftenreihe Islamischer Staat
 - Schriftenreihe "Unsere Opfer zählen nicht"
 - Schriftenreihe Die Stalingrad-Protokolle
 - Schreibunterlage Weltkarte für Kinder "Staaten der Erde"

- Kirchen warnen vor Stimmungsmache gegen Muslime
- Westfälische Präses: Terror nicht mit Islam gleichsetzen
- Meister: Anschlag darf Kunstfreiheit nicht infrage stellen
- Kirchlicher Islamexperte: Pegida auch in den Gemeinden thematisieren Bielefeld (epd).
- Regierungschefin Kraft vor Synode: Flagge zeigen für Werte der Freiheit
- Sozialethiker vermisst klare Position zu Friedensethik
- Muslime verurteilen Terror - Zentralrat ruft zu Mahnwache für Terroropfer am Brandenburger Tor auf
- »Im Namen Gottes darf nicht getötet werden« Religionsvertreter veröffentlichen Erklärung in der »Bild«
- Der unterschätzte Krieg
- Brahms sieht »höchst fragile« Lage in Afghanistan

05.02.2015 Infobrief

Streit über Kirchenasyl - Kritik an Äußerungen von Innenminister de Maizière - »Belasten Verhältnis von Kirche und Staat«

Frankfurt a.M. (epd).

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erntet scharfe Kritik für seine Äußerungen zum Kirchenasyl. »Die Worte des Ministers belasten in ungewöhnlicher und überflüssiger Weise das gute Verhältnis zwischen Kirche und Staat«, sagte der hannoversche Landesbischof Ralf Meister dem Evangelischen Pressedienst (epd). De Maizière hatte den Kirchen laut einem Medienbericht vorgeworfen, sich über bestehende Gesetze hinwegzusetzen. Bundestagsvizespräsidentin Claudia Roth sagte, offenbar wolle der Minister sich bei den Anhängern der »Alternative für Deutschland« (AfD) und der anti-islamischen »Pegida«-Bewegung anbieten. De Maizière wandte sich laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« »prinzipiell und fundamental« gegen die aktuelle Praxis der Kirchen. Er habe als Christ zwar Verständnis, dass die Kirchen »in Einzelfällen« unter dem Gesichtspunkt des Erbarmens Flüchtlinge aufnehmen. Doch es gehe nicht, dass sie sich eigenmächtig über bestehende Gesetze hinwegsetzen. Der Minister äußerte sich dem »Spiegel« zufolge bei einem Treffen der CDU-Spitze mit führenden katholischen Bischöfen am 27. Januar in Berlin. Dabei bezeichnete der Migrationsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, Norbert Trelle, das Kirchenasyl als »Ultima Ratio«. Meister betonte als Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, dass das Kirchenasyl ein offensichtlich notwendiger Schutzraum für Menschenrechte sei: »Es wird nur gewährt, wenn jemand trotz aller staatlichen Gesetze und Hilfen von Abschiebung, menschenunwürdigen Umständen oder Lebensgefahr bedroht ist.« Es wende sich nicht gegen den Rechtsstaat, sondern erinnere diesen an das grundgesetzlich verankerte Recht auf Menschenwürde, Freiheit und körperliche Unversehrtheit. In den meisten Fällen könne den Menschen in einem Kirchenasyl durch eine erneute Überprüfung ihres Schutzbegehrens geholfen werden, sagte Meister dem epd. Das zeige ganz klar seine Notwendigkeit, auch wenn es gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Beim Kirchenasyl handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Es beruht zumeist auf einer stillen Übereinkunft zwischen Kirche und Staat. Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung sind die umstrittenen Dublin-III-Bestimmungen der Europäischen Union. Im Kirchenasyl befinden sich zumeist Menschen, die über ein anderes EU-Land nach Deutschland eingereist sind. Sie dürfen nur im Herkunftsland, nicht aber in der Bundesrepublik Asyl beantragen - es sei denn, die Überstellungsfrist von sechs Monaten wird überschritten. Werden die Betroffenen als »flüchtig« eingestuft, wie es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit kurzem tut, verlängert sich die Frist auf 18 Monate, die ein Flüchtling dann in einem Kirchenasyl ausharren muss. Die Grünen-Politikerin Roth sagte, die Angriffe de Maizières auf das Kirchenasyl seien mit einer

humanen Flüchtlingspolitik nicht zu vereinbaren. Das Kirchenasyl sei »ein notwendiges Korrektiv der Nächstenliebe« für eine europäische Flüchtlingspolitik, die »mit Abschreckung und Abschottung auf einer völlig falschen Basis fußt«. Der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche zufolge sind gegenwärtig 200 Fälle von Kirchenasyl mit mindestens 359 Menschen bekannt, darunter sind 109 Kinder. Im Jahr 2013 gab es bundesweit erst 79 Fälle. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 6_2015 Seite _3

»Tagesthemen«-Kommentar zu Auschwitz erntet Beifall - Geringes Interesse an Holocaust-Gedenken im TV

Frankfurt a.M. (epd). Mit einem starken Kommentar zur Erinnerung an den Holocaust ist die NDR-Moderatorin Anja Reschke auf große Zustimmung in den sozialen Medien gestoßen. Reschke sagte während der »Tagesthemen« am 27. Januar, es gebe in der Geschichte keinen Schlussstrich. »Klar, lieber erinnern wir uns an Karl den Großen, Bismarck oder die Wiedervereinigung - aber Auschwitz ist nun mal passiert«, sagte sie. »Wieso sollten wir ausgerechnet das Kapitel der Judenverfolgung hinter uns lassen? Dieser Teil unserer Geschichte ist in seiner Abartigkeit so einzigartig, dass er gar nicht vergessen werden kann.« Reschke sagte, sie habe am Abend zuvor die Dokumentation »Night Will Fall« über die Befreiung von Auschwitz gesehen. Sie habe sich angesichts der Bilder geschämt, weil der Holocaust zu ihrer Identität als Deutsche gehöre, ob sie wolle oder nicht. »Nach diesem Film konnte ich nicht schlafen, also habe ich umgeschaltet. Und was sehe ich? Pegida-Demonstranten in Dresden, die sich aufregen über die vielen Ausländer in Deutschland. Ganz ehrlich: Da ist mir dann wirklich schlecht geworden.« Reschkes Kommentar wurde auf der Facebook-Seite der ARD bis zum Nachmittag des 28. Januar mehr als 1,3 Millionen Mal aufgerufen. Fast 38.000 Facebook-Mitglieder gaben dem Beitrag ein »Like«. Auf der Facebook-Seite der »Tagesschau« wurden im gleichen Zeitraum fast 600.000 Aufrufe und gut 16.000 »Likes« registriert. Dagegen stießen die Fernsehsendungen, in denen ARD und ZDF an die Befreiung von Auschwitz vor 70 Jahren erinnerten, beim Publikum nur auf geringes Interesse. Die Live-Übertragung der Feierstunde im Bundestag verfolgten am 27. Januar ab 9 Uhr im ZDF 270.000 Zuschauer, das waren 5,7 Prozent Marktanteil. Die Zusammenfassung der Veranstaltungen zum Auschwitz-Gedenken im Ersten hatte am Abend um 22.45 Uhr 1,4 Millionen Zuschauer, das entsprach 6,6 Prozent Marktanteil. Das Erste beschäftigte sich vom 25. bis 27. Januar in mehreren Programmschwerpunkten mit dem Holocaust und den Vernichtungslagern. Am 25. Januar waren bei »Günther Jauch« zwei Frauen zu Gast, die den Holocaust überlebt haben. Diese Sendung verfolgten 3,49 Millionen Zuschauer, der Marktanteil lag bei 20,1 Prozent. Am 26. Januar zeigte das Erste ab 23 Uhr drei Dokumentationen über Auschwitz und den Holocaust. Den Film »Ich fahre nach Auschwitz« verfolgten 1,04 Millionen Zuschauer (Marktanteil 5,8 Prozent). Für die anschließende Dokumentation »Night will fall«, die erschütternde Bilder zeigte, die

britische, amerikanische und russische Kamerateams 1945 in den befreiten Lagern gedreht hatten, interessierten sich 760.000 Zuschauer (Marktanteil 7,3 Prozent). Die anschließende Dokumentation »7 Tage... in Auschwitz« verfolgten ab 0.58 Uhr noch 380.000 Zuschauer (Marktanteil 6,1 Prozent). Das ZDF zeigte am Dienstagabend um 22.15 Uhr die Dokumentation »Mit dem Mut der Verzweiflung« über die Mutter des Fernsehmoderators Hugo Egon Balder, die die Lagerhaft überlebte. Dafür interessierten sich 1,75 Millionen Zuschauer (Marktanteil 7,9 Prozent).

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 6_2015 Seite _39

Deutsche Hilfe für Terror-Opfer in Nigeria

Mainz (epd). Berichte von niedergebrannten Dörfern, versklavten Frauen und Flüchtlingen, die sich nur mit ein paar Lumpen am Leib in die Provinzhauptstadt Maiduguri retten konnten: Es waren immer wieder Schreckensnachrichten, die der Mainzer Pfarrerin Renate Ellmenreich von einer Freundin aus dem fernen Nigeria am Telefon gemeldet wurden. Die evangelische Theologin konnte den Berichten über den Terror der Extremistengruppe Boko Haram irgendwann einfach nicht mehr tatenlos zuhören. Sie gründete einen Verein zur Unterstützung von Witwen. »Widows Care« heißt der Verein, den sie im vergangenen Jahr auf die Beine stellte und dem sich inzwischen fast alle Mainzer Pfarrerinnen angeschlossen haben. Gemeinsam sammeln sie Spenden und Gottesdienst-Kollekten für Witwen, deren Männer von Boko Haram ermordet wurden. Schon rund 30.000 Euro kamen zusammen. Das Geld fließt an einen nigerianischen Partnerverein. Als Kontaktperson fungiert eine Lehrerin, mit der Ellmenreich einst zusammenarbeitete, als diese von 1999 bis 2004 selbst für die Basler Mission im Nordosten Nigerias tätig war. Vor Ort entscheidet dann ein Witwen-Komitee über die Verteilung des Geldes. »Witwen haben in Afrika keine Lobby«, begründet Ellmenreich ihr Engagement. In Nigeria dürften alleinstehende Frauen weder Land besitzen noch ein Geschäft oder auch nur ein Bankkonto eröffnen. Mit den Spenden aus Deutschland können Flüchtlingsfrauen sich nun etwa Medikamente oder Stoff für Kleidung kaufen. Der Partnerverein unterstützt Frauen auch dabei, dass sie beispielsweise mit Straßenverkäufen wieder etwas Geld verdienen können. Außerdem bemühen sich die Partner in Nigeria, die Verbrechen von Boko Haram zu dokumentieren und auf der Flucht getrennte Angehörige wieder zusammenzubringen. Die Stadt Maiduguri platze wegen der Flüchtlinge aus allen Nähten, berichtet Ellmenreich. Und die Methoden der Terrorgruppe würden »immer gruseliger und teuflischer«. Unlängst missbrauchte Boko Haram ein erst etwa zehn Jahre altes Mädchen für einen Sprengstoffanschlag auf einen Markt. Das Kind sei mit einem Sprengstoffgürtel ausgestattet worden und offenbar mit einem Fernzünder in die Luft gesprengt worden, berichtet Ellmenreich. Für 2015 drohe außerdem eine große Hungersnot. Für die Witwen sei die Hilfe aus Deutschland von unschätzbarem Wert - und

ein Zeichen, dass sich jemand auf der Welt noch für sie interessiert. Das Wissen, nicht ganz vergessen zu sein, mache vielen Frauen großen Mut. *Von Karsten Packeiser (epd)*

Unicef: 136.000 Kinder in Ostukraine auf der Flucht

Köln (epd). Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Unicef, beobachtet einen Anstieg der Flüchtlinge in der Ostukraine. Vor allem durch die Kämpfe der vergangenen zwei Wochen sei die Zahl der Flüchtlinge angestiegen, teilte Unicef am 27. Januar in Köln mit. Rund 920.000 Ukrainer sind den Angaben zufolge auf der Flucht, darunter mehr als 136.000 Kinder. Der Winter habe die Situation der Flüchtlingsfamilien zusätzlich verschlechtert. Tausende Familien seien der Kälte nahezu schutzlos ausgesetzt. Insgesamt sind nach UN-Angaben rund 1,7 Millionen Kinder in der Ukraine vom Konflikt betroffen. In der Ostukraine wurde demnach in den Regionen um Donezk und Luhansk die Wasserversorgung für rund 750.000 Menschen zerstört. Fast die Hälfte der in der Ukraine lebenden Kinder sei nicht ausreichend geimpft, hieß es. Allein im westlichen Teil des Gebietes um Donezk seien mehr als 150 Schulen zerstört, 50.000 Kinder könnten dort nicht mehr zur Schule gehen, beklagte das Kinderhilfswerk. Unicef und seine Partner stellen nach eigenen Angaben Schulmaterial für Flüchtlingskinder bereit und wollen Kinder und Jugendliche über die Gefahren von Minen im Konfliktgebiet aufklären. Zudem hätten sie in Donezk mehr als 50.000 Menschen mit sauberem Trinkwasser versorgt und mehr als 7.000 Hygiene-Sets an Familien verteilt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 6_2015 Seite _49**

Bomben unter dem Schleier - Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram opfert Frauen für ihren Krieg

Genf/Abuja (epd). Der Markt im Zentrum von Maiduguri war voller Menschen, wie jeden Samstag. Frauen drängten sich um die Stände der Millionenstadt im Nordosten Nigerias, um Vorräte für die neue Woche einzukaufen. Als der Sprengsatz am 10. Januar detonierte, gab es in der Menge viele Opfer: Mehr als 20 Menschen starben, unter ihnen die Selbstmordattentäterin. »Die Identität ließ sich nicht mehr feststellen«, sagt später ein Sprecher des örtlichen Hospitals. »Aber die Täterin war sehr jung: ein junges, hübsches Mädchen.« Auf zehn Jahre schätzen die Behörden die bislang jüngste Attentäterin, die die Terrororganisation Boko Haram in ihrem Kampf gegen den nigerianischen Staat eingesetzt hat. Es werden mehr. Ein Dutzend Frauen hat sich seit Juni vergangenen Jahres für den

angeblich heiligen Krieg im Norden Nigerias in die Luft gesprengt. Ihr Tod ist Teil einer zweigeteilten Strategie. Während die Männer mit Panzern und Artillerie auf das Schlachtfeld ziehen wie eine reguläre Armee - zuletzt am vergangenen Wochenende in Maiduguri - verbreiten die Frauen und Mädchen mit ihren Bomben am Leib Angst und Schrecken. »Dass Mädchen und Frauen zu Selbstmordattentäterinnen werden, ist bei islamistischen Gruppen absolut unüblich«, sagt die Ethnologin Susanne Schröter, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam. Zwar hätten die palästinensische PLO schon früh Frauen integriert - und islamistische Terrorgruppen im ehemals sowjetischen Tschetschenien. »Ansonsten ist das ungewöhnlich, weil Frauen aufgrund der scharfen Trennung der Geschlechterrollen nicht zu den Kämpferinnen gezählt werden.« Die Entführung von mehr als 240 Schülerinnen aus einem Internat hatte Boko-Haram-Chef Abubakar Shekau nicht zuletzt damit begründet, dass Frauen jenseits von Haushalt und Familie nichts zu suchen hätten. Dass dennoch eine wachsende Zahl Frauen Selbstmordattentate für Boko Haram verüben, wertet die US-Sicherheitsexpertin Mia Bloom denn auch als Zeichen der Schwäche. Frauen würden vor allem gegen weiche Ziele eingesetzt, wo sie weniger auffielen als Männer: »Terrorgruppen, die Frauen engagieren, machen das, weil sie an harte Ziele nicht herankommen - oder schlicht, weil sie nicht genügend Männer zusammenbekommen.« Frauen, die sich für den Dschihad opfern, motivieren nach Blooms Ansicht Männer, sich Terrorgruppen wie Boko Haram anzuschließen - und sei es aus Scham. Ein günstiger Nebeneffekt. Angeblich soll Boko Haram 50 Selbstmordattentäterinnen ausgebildet haben. Das behauptet eine der Bürgerwehren in Maiduguri, die im Dezember eine der Bombenlegerinnen überwältigten. Demnach sollen die Frauen den Auftrag bekommen haben, gemeinsam 100.000 Menschen zu töten. Schwäche sieht anders aus. Und auch sonst ist Boko Haram so erfolgreich wie nie, kontrolliert in Nord-Nigeria bereits ein Gebiet von der Größe Belgiens, in dem sie einen Kalifatsstaat errichten will. Die Frankfurter Professorin Schröter verweist daher auch auf andere Motive, die Frauen in der Vergangenheit zu Täterinnen gemacht haben. »Oft handelte es sich um Frauen in sozialen Konflikten, denen das Selbstmordattentat als ein ehrenvoller Ausweg aus ihrer Schande verkauft wurde.« Dass sich viele Frauen nicht freiwillig in die Luft sprengen, sondern von Männern unter Zwang zu lebenden Bomben gemacht werden, ist eine weitere traurige Wahrheit. Auch Geld spielt eine Rolle: den vier Kindern ihres ersten Selbstmordattentäters soll Boko Haram fast 25.000 US-Dollar gezahlt haben: Geld für eine Zukunft, die der arme Mann seinen Kindern in Nigeria, wo nur Reiche Chancen haben, niemals hätte bieten können. Seit Monaten ist in den sozialen Medien zudem ein wahrer Wettlauf der Gewalt zu beobachten. Dass selbst ein zehnjähriges Kind in die Luft gesprengt wird, sieht Schröter als einen traurigen Höhepunkt dieses Propagandakriegs. »Damit ist jede Grenze überschritten.« Woher die Kinder kommen, die sich für Boko Haram töten, bleibt indes ungewiss. Dass es sich um entführte Kinder, etwa Mädchen aus Chibok handelt, gilt als möglich. Andere behaupten, es seien Straßenkinder, die aus Städten verjagt wurden und somit eigene Rachemotive haben. Schließlich könnte es

sich auch um Kinder von Boko-Haram-Kämpfern handeln, die vom ersten Tag an indoktriniert wurden. Fest steht: Seit Frauen und selbst kleine Mädchen potenzielle Attentäterinnen sind, ist die Angst im Norden Nigerias größer als je zuvor. Die Skrupellosigkeit zahlt sich für Boko Haram aus. *Von Marc Engelhardt (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 6_2015 Seite _50

Russland Oberstes Gericht weist Klage gegen »Memorial« ab

Moskau (epd). Das Oberste Gericht Russlands hat die Auflösung der Bürgerrechtsorganisation »Memorial« abgelehnt. Die Internetzeitung »gazeta.ru« berichtete am 28. Januar, das Gericht habe entschieden, einem entsprechenden Antrag des russischen Justizministeriums nicht stattzugeben. Memorial war im Herbst wegen angeblicher Rechtsverstöße bei seiner Organisationsstruktur vom Justizministerium verklagt worden. Führende russische Menschenrechtler hatten sich daraufhin im Kreml für die Organisation eingesetzt. Das Oberste Gericht hatte Memorial daraufhin in einer ersten Anhörung Zeit gegeben, seine Satzung in Übereinstimmung mit der geänderten Zivilgesetzgebung zu bringen. Bei der Anhörung am Mittwoch bestätigte das Justizministerium, Memorial habe alle notwendigen Schritte dazu unternommen. Die Klage nahm das Ministerium allerdings nicht zurück. Memorial ist eine der ältesten Bürgerrechtsorganisationen Russlands und genießt international hohes Ansehen. Sie wurde vom Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow gegründet und widmet sich vor allem um die Aufarbeitung der Repressionen in der Stalin-Ära. Spenden ausländischer Geldgeber und ihr Engagement für aktuelle Menschenrechtsfragen brachten die Organisation in Russland aber wiederholt unter Druck.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 6_2015 Seite _54

EKD-Ratsvorsitzender begrüßt »gesunde Trotzreaktion«



Bedford-Strohm

epd-bild / Neetz

Hamburg (epd). Mit Blick auf die islamistischen Morde von Paris hat der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strom, die »gesunde Trotzreaktion« der europäischen Gesellschaften begrüßt. »Jetzt erst recht für Menschlichkeit und Toleranz!« schreibt er in einem Gastbeitrag in der Wochenzeitung »Die Zeit«. Dieser positive Ruf und das damit verbundene Engagement seien hundertmal kraftvoller als die »ständige Beschwörung der extremistischen Gefahr«. Die einzig wirksame Antwort auf die Gewalt sei ein großes »Jetzt erst recht« für Toleranz, eine Kultur der wertschätzenden Begegnung sowie »Orte für die kritische Selbstreflektion der Religionen«, etwa an Universitäten, heißt es in dem Artikel weiter. Bedford-Strom mahnt zugleich Respekt für Atheismus sowie bewusst religionskritische Haltungen an. »Man darf von den Religionen erwarten, dass sie diese Weltanschauungen nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich achten und respektieren«, schreibt der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Gleiches gelte umgekehrt. Bei den Anschlägen in Frankreich waren in der vergangenen Woche 17 Menschen ermordet worden. Die Terrorwelle hatte weltweite Empörung ausgelöst. Zu den Opfern zählten mehrere Journalisten des Satire-Magazins »Charlie Hebdo«, das zuvor wiederholt mit religiösen Karikaturen auf sich aufmerksam gemacht hatte. Unter den Toten sind auch zwei Muslime und vier Juden. »Charlie Hebdo« erschien am Mittwoch mit einer Mohammed-Karikatur auf der Titelseite sowie dem Satz »Tout est pardonné« (Alles ist vergeben). Bedford-Strom äußerte sich angesichts der Anschläge zornig darüber, »dass der Name Gottes auf so schändliche Weise missbraucht wurde«. Es dürfe den extremistischen Ideologen, »die sich auf Gott berufen, aber in ihrer Gottlosigkeit nicht zu überbieten sind«, nicht gelingen, Hass zu säen. Der Konsens der westlichen Gesellschaften, dass die Würde des Menschen unantastbar sei, müsse verteidigt werden, fährt der bayerische Landesbischof fort. Die Religionen sollten noch stärker als bisher ein »Gegenbild zur Gottlosigkeit der Extremisten« sein, indem sie sich begegneten und die »Zerrbilder vom jeweils anderen Glauben« überwänden. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 4_2015 Seite _8

Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung bpb in Auszügen:

Dossier

Salafismus

Woran glauben Salafisten? Wie wurden sie zu Radikalen? Und wie sollten wir der Bedrohung begegnen? Angebote der bpb zum Thema Salafismus auf einen Blick.

<http://www.bpb.de/198589>

fluter.de

#Keine Angst!

Das Schwerpunktthema "Angst" ist erschreckend aktuell geworden. Da stellen sich neue Fragen: Publiziere ich nach den Anschlägen von Paris noch genauso frei heraus meine Meinung? Zeichne ich weiterhin mit spitzer Feder, blogge ich noch so unerschrocken wie zuvor? Oder zensiere ich mich selbst?

<http://www.fluter.de/de/141/thema/>

Webdocumentary "Auschwitz heute"

Auschwitz - Ort und Symbol der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie. Der Name der südpolnischen Stadt steht für den millionenfachen Mord an Juden, Sinti und Roma und Menschen, die nach der NS-Rassenideologie nicht zur "Volksgemeinschaft" gehörten. Anlässlich des 70 Jahrestages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat die preisgekrönte Agentur für digitales Storytelling Bombay Flying Club im Auftrag der bpb eine mehrsprachige Webdocumentary umgesetzt. Grundlage sind Fotos von Martin Blume, der seit Jahren am ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz an einer Fotografie-Serie arbeitet.

<http://www.bpb.de/auschwitz-heute>

Schriftenreihe

Auschwitz heute

Auschwitz - Ort und Symbol der Vernichtungsmaschinerie des nationalsozialistischen Deutschland. Wenn wir den Begriff hören, löst dies zwangsläufig Bilder in unseren Köpfen aus, die uns auf schreckliche Weise vertraut sind. Dieser Bildband möchte dazu anregen, genauer hinzusehen, sich einen eigenen Zugang zum Thema zu verschaffen. Passend zum Bildband gibt es Videos und Interviews in unserer Webdocumentary.

<http://www.bpb.de/199289>

Schriftenreihe

Islamischer Staat

Wie ist der "Islamische Staat" entstanden, der jetzt große Teile Syriens und des Irak terrorisiert und dessen Aufruf zum Kampf auch Jihadisten aus Deutschland folgen? Fundiert und präzise beschreibt Behnam T. Said Vorgehen und Vernetzung der Terrorgruppe.

<http://www.bpb.de/198826>

Schriftenreihe

"Unsere Opfer zählen nicht"

Der Zweite Weltkrieg als globaler Krieg: Gewaltsame Übergriffe auf afrikanische und asiatische Staaten, aber auch die Indienstrafe von Kolonialsoldaten trugen Leid und Zerstörung, Missbrauch und Zwangsarbeit in viele Teile der Erde. Das Buch berichtet davon und gibt den Opfern eine Stimme.

<http://www.bpb.de/197024>

Schriftenreihe

Die Stalingrad-Protokolle

Wie erlebten russische Zivilisten und Soldaten die Schlacht um Stalingrad 1942/43? Jochen von Hellbecks Buch legt Augenzeugenberichte vor, die noch während der Kampfhandlungen entstanden. Sie erlauben einen authentischen und unmittelbaren Blick auf eine der entscheidenden Schlachten des Zweiten Weltkriegs.

<http://www.bpb.de/199104>

Schreibunterlage

Weltkarte für Kinder "Staaten der Erde"

Die Karte zeigt auf der Vorderseite die Staaten der Erde politisch in einer Winkelschen Projektion. Auf der Rückseite befindet sich eine Darstellung der Weltkarte für Kinder. Beide Darstellungen haben den Maßstab 1:62.500.000 (am Äquator) bei einem Format von ca. 64 x 44 cm, massiv eingeschweißt mit PE-Folie.

<http://www.bpb.de/199078>

Kirchen warnen vor Stimmungsmache gegen Muslime

Frankfurt a.M. (epd). Nach dem blutigen Anschlag auf die französische Satire-Zeitschrift »Charlie Hebdo« haben die Kirchen am 8. Januar dazu aufgerufen, für Freiheit und eine offene Gesellschaft einzutreten. Zugleich warnten sie davor, Hass gegen Muslime zu schüren. Islamverbände in Deutschland distanzieren sich von dem Attentat und äußerten Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verurteilte den Anschlag als »abscheuliches Verbrechen«. Er sei zutiefst betroffen über den menschenverachtenden Angriff, sagte der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende Jochen Bohl dem epd. Das Verbrechen, bei dem am 7. Januar zwölf Menschen getötet wurden, sei durch nichts zu rechtfertigen, erst recht nicht im Namen irgendeiner Religion. Die Saat des Hasses dürfe jetzt nicht aufgehen, sagte Bohl. Papst Franziskus rief dazu auf, »sich mit allen Mitteln

der Verbreitung des Hasses und jeder Form von Gewalt zu widersetzen«. Das Leben und die Würde aller Menschen verdienten entschiedenen Schutz. Statt Hass zu schüren gelte es, den Respekt des jeweils anderen zu pflegen. Kurienkardinal Walter Kasper bezeichnete den Anschlag als »Attentat gegen die gesamte Menschheit«. »Gerade diese unmenschliche Tat sagt uns, dass wir den Dialog mit den vielen moderaten Muslimen fortsetzen müssen«, sagte Kasper der Mailänder Tageszeitung »Corriere della Sera«. Die Protestanten in Frankreich reagierten mit Entsetzen und Empörung auf den blutigen Terroranschlag. Die Ermordung von zwölf Menschen sei »eine verabscheuenswürdige Tat, die unsere Herzen und unser Gewissen berührt«, erklärte die Föderation der Protestanten am Donnerstag in Paris. Für eine solche Tat gebe es keine Rechtfertigung. Die laizistische Republik und ihre Werte, besonders die Gewissensfreiheit, die Demokratie und die Pressefreiheit, blieben die Grundlagen der französischen Gesellschaft. Der Landesbischof der evangelischen Nordkirche, Gerhard Ulrich, verurteilte den Terrorangriff als »feigen Mordanschlag«. Ulrich rief in Schwerin dazu auf, an der Seite der Muslime zu stehen, die sich für ein friedliches Miteinander engagieren. Der rheinische Präses Manfred Rekowski warnte davor, Muslime oder den Islam für den Terroranschlag von Paris verantwortlich zu machen. Wer aufgrund des Attentates Muslime ausgrenze, gebe den Attentätern nachträglich Recht und verleugne die plurale Gesellschaft, schrieb der leitende Theologe der Evangelischen Kirche im Rheinland in seinem Blog. Die Attentäter hätten nicht im Namen des Islams gehandelt. Keine Religion dürfe missbraucht werden, um Gewalt zu rechtfertigen, mahnte Rekowski. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung appellierte an alle Demokraten, gegen den Terror zusammenzustehen. Auch Christen müssten dazu beitragen, dass »Freiheit - und dazu gehört ganz elementar die Pressefreiheit - Offenheit und Vielfalt als elementare Werte unserer Gesellschaft bewusstgemacht und gelebt werden«, sagte der Theologe in Darmstadt. Er wünsche sich, dass sie dafür eintreten, Muslime vor Pauschalverdächtigungen zu schützen. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister äußerte sich schockiert über den »brutalen Anschlag auf die freie Meinungsäußerung«. Es sei gut, dass muslimische Verbände in Frankreich und Deutschland mit den Kirchen klarstellten, »dass Gewalt und Terror in keiner Religion einen Platz haben«. Der Koordinationsrat der Muslime verurteilte den Anschlag als »feigen Akt«. Terror habe keinen Platz in irgendeiner Religion, sagte Sprecher Erol Pürlü in Köln. Der Zentralrat der Muslime rief dazu auf, nicht dem »perfiden Plan der Extremisten auf den Leim zu gehen«, die die Gesellschaft spalten wollten: »Durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Dreck gezogen.«

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST

Westfälische Präses: Terror nicht mit Islam gleichsetzen

Bielefeld (epd). Die westfälische Präses Annette Kurschus warnt davor, den Terroranschlag von Paris zur Hetze gegen Muslime zu missbrauchen. »Dieser Anschlag darf nicht dazu benutzt werden, um die Stimmungsmache gegen Muslime noch weiter anzuheizen«, erklärte Kurschus am Donnerstag in Bielefeld. Genau das versuchten jetzt die Wortführer der Gruppe »Pegida«. »Wir müssen alles tun, damit diffuse Ängste und Unsicherheiten in unserer Gesellschaft nicht umgemünzt werden in Hass und Misstrauen gegen Andersartige und Fremde«, rief Kurschus auf. Das sei kein Schutz gegen Terror, sondern Gift für das friedliche Miteinander von Menschen verschiedener Religion und Kultur. Der brutale Terrorangriff zielt auf die Freiheit des Denkens, der veröffentlichten Meinung und der Kunst, sagte die westfälische Präses weiter. Alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten müssten konsequent angewendet werden, um solchen Terror zu bekämpfen. »Hier hat der Terror gesiegt, nicht der Islam!«, unterstrich die leitende Theologin der viertgrößten evangelischen Landeskirche. Die christliche Tradition, auf die sich die »Pegida«-Bewegung ausdrücklich berufe, stehe für Versöhnung und gegenseitige Annahme, und nicht für Abschottung und Spaltung.

Meister: Anschlag darf Kunstfreiheit nicht infrage stellen

Hannover (epd). Landesbischof Ralf Meister aus Hannover hat den Anschlag auf die französische Satirezeitschrift »Charlie Hebdo« scharf verurteilt. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) betont der evangelische Theologe, dass die Morde an den Karikaturisten die Kunstfreiheit nicht beeinträchtigen dürften. Zugleich müssten jetzt die Christen den Muslimen zur Seite stehen. epd: Herr Meister, das Attentat in Paris hat Europa und die Welt erschüttert. Werden Muslime jetzt unter Generalverdacht gestellt? Ralf Meister: Das ist zu befürchten. Die »Pegida«-Demonstrationen sind ein Beispiel für substanzlose generelle Verdächtigungen. epd: Fürchten Sie auch, dass der Anschlag der »Pegida«-Bewegung neuen Auftrieb gibt? Meister: Ich hoffe nicht. So lange Gegendemonstrationen ein deutliches Zeichen für Offenheit und Toleranz geben und sich gegen generelle Ausgrenzungen stellen, bin ich hoffnungsvoll, dass die »Pegida«-Bewegung nicht die gesellschaftliche Stimmung dominiert oder das Ansehen Deutschlands im Ausland beschädigt. epd: Wie können Christen die Muslime unterstützen? Meister: Öffentlich müssen wir enger zusammenstehen. Jede Form der Verdächtigung oder Unterstellungen müssen zurückgewiesen werden. Gemeinden können Dialog-Veranstaltungen anbieten, wie es sie vielfach schon gibt, oder demonstrativ die Moschee vor Ort besuchen. Auch ein gemeinsames Essen im Gemeindehaus kann ein Zeichen setzen. Zugleich müssen wir offener über Ängste und Sorgen sprechen, die Christen wie Muslime vor dem radikalen Islamismus haben. epd: Darf es bei Karikaturen über Religion Grenzen geben oder wiegt das Gut der freien Meinungsäußerung schwerer? Meister: Unsere Kultur hat das Gut der freien Meinungsäußerung in Jahrhunderten sowohl den weltlichen wie auch den religiösen

Machthabern abgetrotzt. Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und Kunstfreiheit sind für mich Errungenschaften, die nicht infrage gestellt werden dürfen. Ebenso wenig wie die Religionsfreiheit. Das schließt auch ein, dass Menschen Respekt vor religiösen Gefühlen fordern dürfen. Die Balance dieser Grundrechte muss von einer Gesellschaft immer wieder eingeübt werden. *epd-Gespräch: Michael Grau*

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST

Nr. 03_2015 Seite _3

Kirchlicher Islamexperte: Pegida auch in den Gemeinden thematisieren Bielefeld (epd).

In der Auseinandersetzung mit den islamfeindlichen »Pegida«- Demonstrationen sieht der kirchliche Islamexperte Gerhard Duncker auch die Kirchen gefordert. »Die Menschen, die bei Pegida mitlaufen, sind nicht alles Atheisten, sondern oft in der Kirche«, sagte der Islambeauftragte der Evangelischen Kirche von Westfalen dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bielefeld. »Wir müssen da klar nach innen reden«, mahnte der Landeskirchenrat. Duncker begrüßte kirchliche Gegenaktionen wie das Ausschalten des Lichts am Kölner Dom während der Demonstration. Zugleich sollten die Gemeindemitglieder ermutigt werden, »über das, was uns bewegt, mit Muslimen zu sprechen«, sagte Duncker, der neun Jahre lang Pfarrer der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinde in Istanbul war. »Da müssen wir unsere Gemeinden stärker zurüsten.« Um Ängste vor dem Islam abzubauen, sind nach Dunckers Worten auch deutliche Distanzierungen muslimischer Verbände von islamistischem Terror wichtig. Eine Ursache für die Unsicherheit gegenüber dem Islam sei oft die Unfähigkeit, über den eigenen Glauben kompetent zu sprechen, sagte Duncker weiter. Beispielsweise werde hierzulande immer häufiger statt einem »gesegnete Weihnachten« lediglich ein »frohes Fest« gewünscht. Diese Unsicherheit kenne die islamische Welt nicht. Muslime seien in Glaubensangelegenheiten sprachfähiger, erklärte der Landeskirchenrat. So könne man hierzulande mit jedem muslimischen Taxifahrer ein Gespräch über den Glauben anfangen. Am Montagabend hatten erneut Tausende Menschen unter anderem in Köln und Münster gegen Kundgebungen der »Pegida« (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) demonstriert. In Dresden übertraf allerdings die Zahl der »Pegida«- Anhänger mit rund 18.000 die Zahl der Gegendemonstranten bei weitem. *epd-Gespräch: Holger Spierig*

Regierungschefin Kraft vor Synode: Flagge zeigen für Werte der Freiheit

Bad Neuenahr (epd).

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat alle gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen, Flagge für ein freies und offenes Land zu zeigen.

Nach den Anschlägen von Paris müssten gemeinsame Werte wie Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit verteidigt werden, sagte Kraft an diesem Montag vor der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland in Bad Neuenahr. »Paris ist nicht weit weg«, fügte sie hinzu und verwies auf Anschläge auf die Wuppertaler Synagoge und die Moschee in Bad Salzuflen. Das gesellschaftliche Klima in Deutschland müsse potenzielle Täter entmutigen und »deutlich machen, wo wir gemeinsam stehen«, betonte die Düsseldorfer Regierungschefin. Sie warnte davor, die Muslime unter einen Generalverdacht zu stellen. »Eine Stimmung, in der eine traditionsreiche, friedliche Weltreligion und ihre Anhänger insgesamt in Misskredit gerieten, wäre verheerend für den inneren Frieden in unserem Land«, warnte Kraft. »Die Millionen Muslime, die friedlich und gut integriert bei uns leben, haben nichts mit den wenigen radikalen Islamisten zu tun, die es auch gibt.« Scharfe Kritik äußerte die SPD-Politikerin an den Kundgebungen der islamfeindlichen »Pegida«-Bewegung. Sie sei froh und stolz, »dass diese selbst ernannten Abendlandretter bei uns in NRW nur wenig Resonanz gefunden haben«. Es sei wichtig, dass die Zahl der Gegendemonstranten auch künftig höher sei als die Zahl der »Pegida«-Anhänger, damit diese Bewegung nicht behaupten könne, sie sei das Volk. In ihrem Grußwort hob Kraft die Bedeutung der Religionsfreiheit hervor und zitierte aus Artikel 4 des Grundgesetzes: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.« Die NRW-Ministerpräsidentin betonte, sie wünschte sich, diese Sätze würden alle kennen und ernst nehmen, die in Dresden und anderen Städten gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes protestieren.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 03_2015 Seite 4

Sozialethiker vermisst klare Position zu Friedensethik

Frankfurt a.M. (epd). Der Sozialethiker Ulrich Körtner sieht die evangelische Kirche gefordert, ihre friedensethische Position zu klären. Die Formel vom gerechten Frieden stehe in der Gefahr, zu einer ideologischen Parole zu verkommen, warnt der Theologieprofessor in einem Beitrag für die »Zeitschrift für Evangelische Ethik«. Zwar bewegten sich »friedensbewegte« Äußerungen womöglich im volksskirchlichen Mainstream. »Wer aber bloß die Rhetorik des gerechten Friedens bemüht, handelt nicht nur politisch unverantwortlich, sondern gerät auch theologisch ins Abseits«, schreibt Körtner. Gerade der Afghanistan-Konflikt habe deutlich werden lassen, dass die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus dem Jahr 2007 Schwächen aufweise. Mit einer 2013 vorgelegten Stellungnahme habe die EKD versucht, ihre friedensethische Position nachzubessern, sei jedoch in wichtigen Punkten zu keinem einhelligen Ergebnis gekommen. In der Debatte über deutsche Waffen für die Kurden im Nordirak, um die Terrormiliz »Islamischer Staat« zu stoppen und Minderheiten zu schützen, hätten führende EKD-Vertreter die Entscheidung der

Bundesregierung gebilligt. Diese lasse sich in Übereinstimmung mit den friedensethischen Positionen der evangelischen Kirche rechtfertigen. In der von Bundespräsident Joachim Gauck angestoßenen Debatte über Deutschlands Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik habe die EKD »eher hilflos« reagiert, folgert der in Wien lehrende Theologe. Wenn mit Bezug auf die Geschichte eine militärische Zurückhaltung Deutschlands befürwortet werde, zeige dies, dass evangelische Kirchenvertreter mental noch immer in der friedensethischen Debatte des Ost-West-Konfliktes steckten. Die geopolitische Lage habe sich seither allerdings dramatisch verändert. Körtner bezieht sich dabei auf Aussagen der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann und ostdeutscher Pfarrer, die Gaucks sicherheitspolitische Äußerungen kritisiert hatten. Für radikalpazifistische Positionen gebe es in der Friedensdenkschrift keine Anhaltspunkte, schreibt der Professor für Systematische Theologie. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 03_2015 Seite 12

Muslime verurteilen Terror Zentralrat ruft zu Mahnwache für Terroropfer am Brandenburger Tor auf

Hamburg/Köln (epd). Nach den Terroranschlägen in Paris wird von den Islamverbänden eine eindeutige Distanzierung von Gewalt gefordert. Zugleich wird vor einem Generalverdacht gegen Muslime gewarnt. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland rief zu einer Mahnwache am Dienstag am Brandenburger Tor in Berlin auf. »Wir Muslime in Deutschland verurteilen die niederträchtigen Terroranschläge in Frankreich auf das Schärfste«, heißt es in dem Aufruf vom Wochenende. »Es gibt im Islam keine Rechtfertigung für solche Taten.« Mit der Mahnwache will der Zentralrat für ein »weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Meinungs- und Religionsfreiheit« eintreten. Der Terroranschlag auf das Satiremagazin »Charlie Hebdo« in Paris wird in dem Aufruf als menschenverachtend gebrandmarkt. »Durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Schmutz gezogen«, erklärte der Rat. In Köln rief der türkisch-islamische Verband Ditib seine Landesreligionsgemeinschaften dazu auf, am 16. Januar nach dem Freitagsgebet Mahnwachen vor Verlagshäusern, Redaktionsgebäuden und Fernsehstudios in ihrer Umgebung abzuhalten. »Wir sind als Muslime verantwortlich für die Freiheit und die Unversehrtheit eines jeden Menschen - auch wenn wir unterschiedliche Meinungen vertreten.« Der Münsteraner Islam-Experte Mouhanad Khorchide rief die Muslime zur Distanzierung von Gewalt auf. Zugleich warnte er vor einem Generalverdacht. Die Terroristen stünden nicht für »den Islam«. Der Terror sei für Muslime selbst »ein Stachel, der zur Auseinandersetzung mit ihrer Tradition treibt«, sagte der 1971 in Beirut geborene Islamwissenschaftler der »Berliner Zeitung« (10. Januar). »Von Strömungen, die in Richtung Gewalt gehen, müssen wir uns distanzieren und ein für alle Mal verabschieden.« Es habe

keinen Sinn zu behaupten, dieser Terror habe nichts mit dem Islam zu tun: »Die Terroristen sind nun mal Muslime«, betonte der Professor für islamische Religionspädagogik. Nach Auffassung des Zentralratsvorsitzenden Aiman Mazyek aus Köln unterschätzen die muslimischen Gemeinden extremistische Strömungen in ihren Reihen. Viele Gemeinden hätten Angst, bei einer offenen Diskussion über Extremismus am Pranger der Medien zu stehen, sagte Mazyek am Samstag auf einer Tagung in Hamburg. Mit der Bekämpfung des Terrorismus sind die muslimischen Gemeinden nach Auffassung von Ali Kizilkaya, Vorsitzender des in Köln ansässigen Islamrats in Deutschland, überfordert. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für extremistische Gruppen könnten die Gemeinden nicht die Verantwortung übernehmen. Nach den Worten von Belal El-Mogaddedi, Vorsitzender der Deutschen Muslim-Liga, hat jeder Muslim das Recht, sich über islamkritische und beleidigende Karikaturen zu ärgern. Er dürfe auch im Rahmen der Gesetze dagegen vorgehen. Die Presse- und Meinungsfreiheit sei aber fester Bestandteil einer offenen Gesellschaft. El-Mogaddedi: »Wir müssen das aushalten.« Nach Auffassung der Hamburger Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur belegen islamische Quellen, dass der Prophet Mohammed eine Beleidigung seiner Person nicht gerächt, sondern vergeben hätte. Es sei unter deutschen Muslimen Konsens, dass die Ermordung von Karikaturisten ein Verbrechen sei. Ayatollah Reza Ramezani, Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg, betonte dagegen, dass auch die Meinungsfreiheit Grenzen habe. Die Sphäre des Heiligen müsse besser geschützt werden. Dies gelte gleichermaßen für den Islam, das Judentum und das Christentum. Muslimische Gemeinden und Organisationen sind nach Ansicht des Islam-Experten Martin Affolderbach nach den Terroranschlägen herausgefordert, den spürbaren Vertrauensverlust in Teilen der Gesellschaft abzubauen. Derzeit würden Muslime vielfach pauschal als Bedrohung wahrgenommen, sagte der evangelische Theologe am Wochenende dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Es müssen Zeichen gesetzt werden, dass nicht nur dieses augenblickliche Schreckensszenario wahrgenommen wird, sondern dass es auch einen anderen Islam gibt, der den Alltag von Menschen bereichert und sie glücklich macht«, sagte Affolderbach in Bad Alexandersbad (Landkreis Wunsiedel). Er war als Oberkirchenrat im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland von 2002 bis 2012 zuständig für Islam und Weltreligionen. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 03_2015 Seite _13

»Im Namen Gottes darf nicht getötet werden« Religionsvertreter veröffentlichen Erklärung in der »Bild«

Berlin/Köln (epd). Vertreter von Christen, Muslimen und Juden haben in einem gemeinsamen Manifest den Anschlag von Paris verurteilt. »Im Namen Gottes darf nicht getötet werden!«, heißt es in der Erklärung, die die »Bild«-Zeitung am Freitag veröffentlichte. »Die Morde sind ein Angriff auf die Freiheit des Denkens, des Glaubens und unserer gemeinsamen Werte von Toleranz und Nächstenliebe, den wir zutiefst

verabscheuen.« Bibel, Thora und Koran seien Bücher der Liebe, nicht des Hasses. »Jeder Christ, Jude und Moslem sollte am Freitag in der Moschee, am Sabbat in der Synagoge und am Sonntag in seiner Kirche für die Opfer von Paris beten. Für Verständigung, Frieden und Freiheit.« Die Repräsentanten der Religionen warnen zudem vor einer pauschalen Verteilung von Muslimen als Reaktion auf den Anschlag. »Wir werden auch nicht dulden, wenn angesichts der schrecklichen Taten in Paris Hass gegen Anhänger einer Religion geschürt wird, die für den Terror missbraucht wird und wurde.« Hass sei keine Antwort auf Hass und Intoleranz keine Antwort auf Intoleranz. »Nur gemeinsam können wir unsere Werte und unseren Glauben gegen radikalisierte Minderheiten schützen«, betonen die Vertreter von Christen, Muslimen und Juden. Unterzeichnet haben das Manifest der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Wolfgang Huber, der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, und der ehemalige Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Stephan Kramer. Am Mittwoch hatten schwer bewaffnete Männer die Redaktion des Satiremagazins »Charlie Hebdo« in Paris überfallen und um sich geschossen. Dabei wurden zwölf Menschen getötet und elf verletzt. Die Zeitschrift hatte in der Vergangenheit mehrmals Mohammed-Karikaturen gedruckt. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 03_2015 Seite _14](#)

Der unterschätzte Krieg

Timbuktu (epd). In Mohamed Maouloud si Mohameds Laden türmen sich die Waren: Pakete mit grünem Tee, Büchsen mit Sardinen, Kekse, Obst und Gemüse in Dosen, Speiseöl und anderes mehr. Der malische Händler hat alles unter größten Mühen aus den Nachbarländern Mauretanien und Algerien herbeigeschafft. Er lebt im historischen Timbuktu im Norden des Sahelstaates. »Sobald man die Stadt verlässt, begegnet man den unterschiedlichsten bewaffneten Gruppen, Kriminellen oder Milizionären.« Alle behaupteten von sich, die Region zu kontrollieren. »Nur von der Regierung siehst Du nichts mehr.« Der Norden von Mali ist ein staatsfreier Raum, die Bevölkerung der Willkür diverser Milizen überlassen. Die Bewaffneten treiben an den illegalen Schlagbäumen nach Gutdünken Gelder ein und nehmen den Reisenden bisweilen ihre Wagen und Laster samt Ladung weg. Wer dabei mit dem Leben davon kommt, schätzt sich glücklich. Dabei hätte dieses Problem seit zwei Jahren gelöst sein sollen: Am 11. Januar 2013 griff die französische Armee in den Krieg im Norden Malis ein. Timbuktu und die beiden anderen größeren Städte Kidal und Gao waren zu diesem Zeitpunkt schon seit zehn Monaten von islamistischen Milizen und militanten Tuareg besetzt, das Land faktisch geteilt. Frankreich wollte mit der Militäroperation »Serval« den weiteren Vormarsch islamistischer Kämpfer auf die Hauptstadt Bamako im Süden verhindern. Auch afrikanische Länder entsandten eine Eingreiftruppe. Nur Tage nach Beginn

der französischen Luftangriffe wurde Timbuktu befreit. Am 28. Januar verließen Islamisten und Tuareg-Kämpfer fluchtartig die Stadt, die zum Weltkulturerbe der Vereinten Nationen gehört. Als der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im Februar 2013 nach dem vermeintlichen Sieg über die Islamisten auf seinem Triumphzug durch Mali auch nach Timbuktu kam, jubelte Mohamed noch mit der Menge. Inzwischen ist er tief enttäuscht: »Wir warten bis heute auf eine wirkliche Verbesserung. Die Probleme sind immer noch dieselben.« Unweit der Städte verüben die Islamisten immer wieder schwere Anschläge. Opfer sind Zivilisten, malische Soldaten und Mitglieder einer UN-Blauhelmtruppe, die am 1. Juli 2013 von der französischen Armee die Aufgabe übernahm, den Norden Malis zu stabilisieren. Frankreich hat seine Soldaten mittlerweile auf rund 1.000 reduziert, einst waren es bis zu 4.000. In den vergangenen Monaten hat sich die Sicherheitslage im Norden Malis drastisch verschlechtert. Die UN-Mission MINUSMA ist nur mit etwa der Hälfte der gebilligten 11.000 Mann vor Ort. Etwa 30 UN-Militärangehörige wurden seit Beginn der Mission getötet. Der UN-Sondergesandte für Friedensmissionen, Hervé Ladsous, erklärte schon Mitte Oktober, in der derzeitigen Situation sei eine Friedensmission nicht mehr möglich. Der Einsatz komme mit der massiven Sicherung der Lager und dem schweren Gerät wie gepanzerten Fahrzeugen eher einem Kampfeinsatz gleich. General Didier Dacko, stellvertretender Chef des malischen Generalstabs und zuständig für den Norden des Landes, teilt Ladsous' Besorgnis. »Die Bevölkerung lebt weiterhin in unsicherem Gebiet«, räumt er freimütig ein. Der Großteil des Nordens werde nicht von der malischen Armee, der UN-Mission oder ihren Partnern kontrolliert, sondern von unterschiedlichen Milizen. »Einige dieser Gruppen sind in unseren Augen terroristisch, andere stellen eher politische Forderungen. Aber letztlich haben wir große Mühe, sie voneinander zu unterscheiden.« Um eine Verbesserung der Sicherheitslage bemüht sich auch die Europäische Union. Im Rahmen der Ausbildungs- und Trainingsmission EUTM sind seit rund anderthalb Jahren auch etwa 150 deutsche Soldaten im Norden Malis. Seit Beginn der Mission wurden fünf Bataillone ausgebildet, etwa 3.000 Soldaten. »Die meisten Teilnehmer wollen wirklich lernen«, sagt Oberstleutnant Ralf Hammerstein, Leiter des deutschen Kontingents. Andererseits ist die malische Armee auch weiterhin so schlecht ausgestattet, dass es ihre Kampfkraft nachhaltig schwächt. Zwei Jahre nach dem Eingreifen der französischen Armee kann von Frieden keine Rede sein. *Von Bettina Rühl (epd)* epd-

Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 03_2015 Seite _49 epd Nr. 2](#)

Brahms sieht »höchst fragile« Lage in Afghanistan

Bremen (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, bezeichnet die Situation in Afghanistan als »höchst fragil«. Ob die nun beendete Nato-geführte Isaf-Mission am Hindukusch vor diesem Hintergrund als Erfolg gewertet werden dürfe, sei fragwürdig, sagte der leitende Bremer Theologe dem

Evangelischen Pressedienst (epd). »In Zukunft wird vieles davon abhängen, ob die internationale Gemeinschaft ihre Hilfs-Zusagen einhält.« Zum Jahresende lief der Kampfeinsatz der Isaf- Schutztruppe in Afghanistan nach 13 Jahren aus. Die Nato will aber mit 12.000 Soldaten im Land bleiben. Die Bundeswehr beteiligt sich an dieser Nato-Nachfolgemission, die unter dem Namen »Resolute Support« läuft: Bis zu 850 deutsche Soldaten sollen sich in Masar-i-Scharif im Norden des Landes und in der Hauptstadt Kabul an der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte beteiligen. Zur gegenwärtigen Situation in Afghanistan sagte Brahms, weite Landstriche würden wieder von den Taliban beherrscht, der Drogenanbau sei gewachsen, die Zahl ziviler Opfer hoch. Angesichts dieser Lage wird Brahms zufolge kein Gesamtkonzept deutlich, mit dem neben der Nato-Nachfolgemission »Resolute Support« das Land unterstützt werden soll. »Wenn wir in den zurückliegenden Jahren eines gelernt haben, dann aber doch, dass eine Intervention, die sich auf militärische Mittel beschränkt oder konzentriert, zum Scheitern verurteilt ist«, mahnte der Friedensbeauftragte. Brahms erinnerte an die Zusagen, die Afghanistan Mitte 2012 bei einer Geberkonferenz in Tokio gemacht wurden. Damals sagte die internationale Staatengemeinschaft für die nächsten vier Jahre bis einschließlich 2015 zivile Aufbauhilfen in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar (rund 13 Milliarden Euro) zu. Deutschland steuert jährlich 430 Millionen Euro bei. Entscheidend sei, ob auch mit dieser Unterstützung eine wirtschaftliche Perspektive entwickelt werden könne, sagte Brahms. Um Erfolge etwa im Bildungsbereich zu schützen, müsse die Staatengemeinschaft außerdem über Jahre hinaus die afghanische Polizei und das Militär unterstützen. »Sie bringen im Augenblick im Kampf gegen die Taliban unglaubliche Opfer.« Andererseits sei es richtig gewesen, den Isaf-Kampfeinsatz mit einem klaren Schnitt zu beenden, denn Interventionen dieser Art provozierten und radikalisierten die Bevölkerung. »Es ist ja auch trotz des Einsatzes einer Riesenzahl an Soldaten nicht gelungen, die Taliban dauerhaft zurückzudrängen.« *epd-Gespräch: Dieter Sell*